

Die Völkische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlags-, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein, Chausseehaus, Georg-Bernhard-Verlag, Redakteur: Assand. (Hendelstein); Carl-Misch, Berlin-Uranstr. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Danhoff 3000-3003, für den Fernverkehr Amt Danhoff 3696-3698, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Fortdauer der Genf-Krise

Die Alltagskonferenz wieder vertagt

Sonderdienst der „Völkischen Zeitung“
12. März, 12. März

Die entscheidende Besprechung der Vertreter der am Abnahmepakt Interessierten dürfte gegen heute vorzeitig um 11 Uhr im Hotel „Neu Rinecke“ abgebrochen sein. Die Gründe, warum die Besprechungen fortgesetzt werden sollten, ist noch nicht festgelegt.

Nach Wien ab erklärte kein Verlassen der heutigen Alltagsbesprechung, doch mehrere interessante Beschlüsse gemacht werden sollen, die noch genauer überarbeitet werden müssen. Vielleicht könnte die Besprechung bereits heute nachmittags fortgesetzt werden.

Nach der Erklärung der Sitzung ließ der schweizerische Außenminister Dr. Benelli den großen Staatsrat zu sich bitten, der sich sofort in den ebenfalls im Hotel „Neu Rinecke“ getragenen Sitzungssaal versammelte. Es handelt sich lediglich um eine private Besprechung, da Staatsrat an der Sitzung nicht teilgenommen hat.

Von über die Besprechungen zwischen den Delegierten verschiedene Gerüchte teilt mit, daß verschiedene Lösungsmöglichkeiten besprochen worden sind und daß man die Sitzung unterbrechen habe, um diese Möglichkeiten noch zu prüfen. Von deut-

licher Seite bemerkt man dazu, daß eine positive Möglichkeit noch nicht zu sehen ist.

Eine Stunde vor Beginn der Besprechung der Abnahmepakt-Vertreter begaben sich die deutschen Delegierten ins Hotel des Vergers von dem französischen Ministerpräsidenten Briand, mit dem eine einstündige Unterredung hatten. In dieser Besprechung wurde bereits die Möglichkeit in Erwägung gezogen, die sich ergeben würde, wenn es der deutschen Regierung unmöglich sein sollte, in die Bitterbundes einzutreten. Briand erklärte nach der Unterredung mit sehr empfindlicher Miene einigen ihn erwartenden Journalisten:

„Man muß hier, wenn man einen Erfolg haben will, auf alle Seiten Kasse anhalten, sonst werden wir hier nur verlieren. Es geht hier um viel mehr als um einige Stühle im Bitterbunde. Hier steht die ganze europäische Politik, das ganze System von Locarno und Genf auf dem Spiel.“

Unter den tausenden von Kommentaren, die gemacht werden, sei nur auf die Unmöglichkeit einer viel verbreiteten Version hingewiesen, wonach man einen provisorischen nichtständigen Stuhl für Polen schaffen könne. Diese Einrichtung von provisorischen Stühlen für die Bitterbundesungültig ist, und die Verammlung ist auch nicht, wie Rumänien behaupten, in der Lage, die Sitzung in dieser Sinn abzuändern. Eine Schwächung der Bitterbundes gehört zu den völkerrichtigsten Lösungen und nimmt vor allen Dingen, auch wenn eine gewisse Einmütigkeit vorhanden wäre, unendlich lange Zeit in Anspruch. Als Außenminister hat man also Verhandlungen des Bitterbundes überhaupt nicht in Aussicht genommen.

Zu Karl Hau's Tode

Von
Gling

Es ist eine furchtbare, aber nicht hinwegzudeckende Tatsache, daß dieser freigewählte Tod der einzig vernünftige und sinnvolle Akt blieb eines Mannes, und vernünftigen Daseins sein mußte. Die höchsten Aufgebotsreden sind um den Ankel der Peranimatorik, den sie an diesem Ende haben, gleichgültig nicht zu werden, und es bedeutet für sie keine Entlastung, wenn man sagt, daß sie an den äußeren Bedingungen für dieses Ende mitgewirkt haben, das notwendig eintreten mußte, da der innerer Jäger längst auf Schwarz stand. Nachdem man aus dem Gefängnis entlassen war, bedeutete sein Dasein, soweit die Allgemeinheit daran interessiert war, ein Experiment von großer kriminal-psychologischer Wichtigkeit. Hier war einmal der Fall gegeben, daß ein Mann nach 17jähriger Zustandshaft geistig und körperlich anfangend gesund in das Leben zurücktrat, und es war die Frage, ob er mit seiner großen Intelligenz, mit seiner ungenutzten Energie insoweit leben würde, sich in die neu gewonnenen Freiheit, in das normale bürgerliche Leben zurückzufinden und einzufügen. Für den, der imstande war zu helfen, namentlich aber für die beteiligten Personen entstand die Pflicht, den neu in die Welt Getommenen zu helfen, und ganz darüber nicht allein aus persönlicher Pflicht, sondern aus Mitleid für ihn. Allen das Verbleiben, dessen Träger er war, ist ein allgemeines, das nämlich noch neuem gestellt wird und für seinen Verlauf das Schicksal ganz deshalb so wichtig war, weil man ja nicht den Typ des Genesenen-Überlebenden darstellt, der sofort in das völkerrichtige Leben wieder zurücktritt, sondern wird er, erstens durch die Einmaligkeit seiner Tat (vorausetzend, daß er sie begangen hat), dann aber durch seine Bildung und durch seine Lebensanschauung gestützt war, entweder den Anknüpfen an das bürgerliche Leben zu finden, oder unterzugehen. Neben die höchsten Behörden durch ihre Höflichkeit, Reinlichkeit, Pünktlichkeit, außer 2. Das zu geben, indem sie die Möglichkeiten für Wiederanknüpfen und ein normales Fortkommen erdormungslos bereitstellen, schafften sie nicht nur einen Lebensfeld und endlich ob, sie gestärkten mit tüchtigsten Mitteln ein ererbtes Verbleiben.

Freilich, der innerer Jäger hand auf Schwarz, 34. sechs, daß es ihm in den Jahren geschieden, die er mit mir führte, nur erlangten ist, meine Überzeugung von seiner Schuld zu erschüttern. Aber das höchste war natürlich weder die Überzeugung meiner höchsten Person noch die der Welt. Das Wesentliche ruhte in ihm selbst. Und dann was es eigentlich auch in dieser Linie nur nicht darauf an, ob er die Tat begangen hat oder nicht. Es gibt Fälle, in denen Menschen unter den furchtbaren Trauer der freilich Toten im Verbleiben stehen, das sie nicht begangen haben, und es ist immerhin der Fall, daß sie gerade ein Urteil, von der Höheherlichkeit der gegen ihn gestrichen Verbleiben, in jähelungen Selbstanklagen zu kommt, ein Verbleiben vor sich selbst abzugeben, dessen Täter er in Wirklichkeit ist.

Das Entschlossene und das eigentlich Furchtbare an dem Schicksal, das er über sich, er machte, er die Tat begangen haben oder nicht, dem das Tat die einzigen Lebenshilfe aus dem Tod hinaus in die Freiheit mitgenommen hat. Die 17. Rechte waren für ihn in furchtbare Weise realitätslos verfallen. Seine völkerrichtiglich zu gekommenen Verbleibe, sich geistig oder wissenschaftlich fortzubilden, schiederten nicht nur, weil die Verbleiben es ihm schwer machten, sondern weil die Abwehrkräfte des Daseins ihm die Fähigkeit alle neuen Lebensansätze völkerrichtiglich zu entwickeln völkerrichtiglich in dieser Einmaligkeit verwehrt wurden.

Bei einem Übertritt ins Leben war er freilich zu einer neuen freilich Entfaltung geebnet. Wenige Wochen nach seiner Entlassung fand in Götting eine Frau in seinen Armen. Welcher Zeit dies Frau war, wie er sie kennenlernte, das vermag ich nicht zu sagen, an der Schwärze dieses Daseins, das nicht nur, eine solche Menge von Aufregungen zu erzeugen. Alles, was er befreitete, war er.

Dann wandte er sich nach Deutschland zurück, um sich in schriftlichen Darlegungen von dem Lebensgefühl zu befreien, der nun mal sein einziger war.

Damals, in unseren langen Gesprächen, war ich versucht, ihm zuzurufen:

„Ob Sie die Tat begangen haben oder nicht, geschien Sie sie nicht.“

Denn wirklich, wie sollte er leben, ohne die Tat begangen zu haben? Einziges Leben unglücklich im Tod hinaus gefahren zu werden, das mußte fortwährend nur immer wieder den einen Gedanken an die Selbstanklagen in ihm erzeugen. Es gab keinen anderen Gedanken, und der Selbstanklagen letzten sich unüberwindliche innerer und äußere Widerstände entgegen. Mit der Darlegung seiner Lebensanschauung, seines Prozesses, seiner Sait war wohl für den Augenblick die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt, aber

Völkerbunds-Krise: keine Deutschen-Krise

Briand an der Arbeit

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“
Paris, 12. März

Wiedererinnern wird in den Berichten der Pariser Presse aus Genf festgestellt, daß es sich bei den Genfer Schwierigkeiten nicht mehr um den deutschen Eintritt und die deutschen Forderungen handelt, sondern um eine tiefgehende, das ganze Gebäude des Völkerbundes umfassende Krise. Wegen die Fassung der deutschen Delegation werden nirgendwo die deutsche Delegation. Briand erklärte Generalen, dem Berichterstatter des „Matin“: „Es gibt kein Quasi zwischen Frankreich und Deutschland, darum handelt es sich nicht, es handelt sich um eine entscheidende Krise des ganzen Völkerbundes. Jetzt entscheidet sich die Zukunft der gesamten Welt, ob sie für den Krieg oder für den Frieden ausfallen wird. Wenn die Völkerverträge zur Einigung Europas in Genf gescheitert wären, fallen wir in das alte System des Militarismus und der latenten Feindschaft zurück. Die Nationen werden sich auf uns noch lassen bis zu dem Augenblick, wo sie sich gegen einander verbünden werden.“ Generieren sagt im Worten Briands hinzu: „Was liegt nicht der tiefsten Stellung in Washington. Ich fürchte, daß die Deutschen nach Berlin zurückkehren werden, zum mindesten, um sich auf eine neue mit dem Reichspräsidenten und dem Parlament in Verbindung zu setzen.“

Wiederum teilt im „Quotidian“ mit, daß Briand an Primo die Bitte um einen persönlichen Brief gerichtet habe, worin er ihn bitten, dem spanischen Botschafter Chiquero de Cien nur zu fraktionieren zu geben. Nach der Briand fordert sich seiner Statist in Genf eine Demarche beider britischen Delegation unternehmen, die entscheidend nicht ohne Erfolg gewesen sei.

London, 12. März

Die „Times“ schreibt in ihrem Artikel: Die Entlastung nationaler Entscheidung, wie sie in Genf statt findet, und die Befähigung auf die allmähliche Erneuerung freundschaftlicher internationaler Beziehungen sich befähigen sollte, ist mehr als entscheidend. Man dürfte die Sorge in Genf jedoch nicht als das Ergebnis einer geplanten Revolte gegen die gefunden Prinzipien des Vertrags von Locarno betrachten. Es seien vielmehr um ein 1/10 die Rechte von Überzeugung und einer tiefen Veränderung der Natur und Art der völkerrichtiglichen Kräfte. Wenn die englische Regierung vor drei Wochen einen festen Standpunkt

eingenommen hätte, wäre dieses bemitleidende Schauspiel internationaler Unmöglichkeit vermieden worden.

er März, 12. März

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bezeichnet die Völkerbund-Krise als ein höchstes Schauspiel und meint, daß wenn Deutschland infolge der Haltung Spaniens keine Beitrittserklärung zurückziehe, es niemandem erkläre, daß die Völkerbund-Krise die Verantwortung für eine unrichtig löst, nicht lastet, historische Krise des Völkerbundes übernehmen könnten.

Schweden unter Druck

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“

er Stockholm, 12. März

Der spanische Gesandte hat hier eine Demarche unternehmen, um die schwedische Regierung von ihrem Einbruch gegen die Vermittlung der Beschie abzugeben. Dieser Schritt hat großes Aufsehen erregt und wird von allen Parteien und Zeitungen entschieden abgelehnt.

Das Regierungsgesamt wird noch einmal auf die bekannte prinzipielle Einstellung Schwedens hin, nach der eine wesentliche Voraussetzung für eine weitere günstige Entwicklung des Völkerbundes eine Stärkung der Stellung der Völkerbundverammlung im Verhältnis zum Rat sei, und fordert dann:

„Schweden muß entschieden dagegen protestieren, daß bei der letzten Sitzung außer Dänemark noch andere Staaten zu ähnlichen Möglichkeiten gedrängt werden. Spanien ist sich, wenn es glaubt, daß Drohungen eine Veränderung des schwedischen Standpunktes herbeiführen zu können. Schwedens Einstellung zu Spanien ist keineswegs eine unfeindliche, aber es lehnt alle Kompromisse ab, die Beziehungen der internationalen Rechtsordnung betreffen.“

Der schwedische Gesandte in Madrid hat die spanische Regierung noch einmal auf die prinzipielle Einstellung Spaniens hingewiesen. Der spanische Kräfte sind es hier in nennlich gehalten, daß die schwedische Regierung ihre Stellungnahme gegenüber Briand, es muß ausdrücklich bekräftigen, daß die innerpolitische Stellung der schwedischen Regierung nicht gerade gut ist, und daß deswegen eine Veränderung in der Stellungnahme zur Völkerbundverteilung für sie gefahrlos werden könnte, da doch sämtliche Parteien sich entscheiden für den Standpunkt der völkerrichtiglichen Regierung in der Völkerbundverteilung ausgesprochen haben.